Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Frk.

Einrückungsgebühr per Zeile 15 Cent. — Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden.
Druck und Expedition der Stämpfischen Buchdruckerei (G. Hünerwadel) in Bern.

B e r i c h t

der

Kommission des Nationalraths, betreffend Niederschlagung des Landesverrathsprozesses, so weit derselbe noch anhängig ist.

(Vom 9. Juli 1861.)

Tit. I

In seiner Sitzung vom 13. Dezember 1860 hat der Nationalrath die folgende, von Hrn. Nationalrath Segesser gestellte Motion:

„Es wolle die Bundesversammlung beschließen, der im Jahr 1848 „auf Veranlassung der Tagsatzung in Luzern angehobene Landesverrathsprozeß gegen die Mitglieder des ehemaligen Sonderbundskriegsraths sei, insoweit derselbe noch anhängig, niedergeschlagen und folgenlos erklärt;“

verhandelt und dabei beschlossen, es sei vorerst der Bundesrath einzuladen, Ihnen über den gegenwärtigen Stand dieser Angelegenheit Bericht zu erstatten.

Der Bundesrath seinerseits hat die Regierung von Luzern zur Bernehmung eingeladen, und nachdem dieselbe unterm 28. Dezember v. J. der an sie gerichteten Einladung nachgetommen ist, übermittelt der Bundesrath mit Botschaft vom 4. Januar l. J. den Bericht der Regierung von Luzern, indem er lediglich beifügt, daß er jetzt so wenig als früher für nöthig erachte, den Bericht mit besondern Anträgen zu begleiten.

Dieser Bericht der Regierung von Luzern ist Ihnen gedruckt ausgetheilt worden. Wir beschränken uns daher darauf, nur die wesentlichen

Momente der vorliegenden Frage nochmals hervorzuheben, und können uns hiebei um so kürzer fassen, als dieselbe schon früher in Ihrem Schooße zur Verhandlung gekommen ist.

Eine ähnliche Motion, wie die von Hrn. Nationalrath Segeffer gestellte ist nämlich schon im Jahre 1856 von Hrn. Nationalrath Luffer gestellt worden. Gestützt auf formelle und materielle Gründe beschloß der Nationalrath in seiner Sitzung vom 14. Juli 1856 bezüglich derselben: „Es sei keine Veranlassung vorhanden, in Sachen eine Schlußnahme zu fassen.“

Seitdem haben sich die faktischen Verhältnisse dahin geändert, daß der Große Rath von Luzern unter dem 6. Dezember 1856 auf den Antrag der Regierung von Luzern verfügte: Die gerichtliche Strafverfolgung gegen die Mitglieder des ehemaligen Kriegsraths des Sonderbunds sei, mit Ausnahme der Person des Konstantin Siegwart-Müller, aufgehoben.

Was diesen letzteren betrifft, so war er durch das Kriminalgericht des Kantons Luzern des Verbrechens des Landesverraths schuldig erklärt und in Contumacium zu 20 Jahren Kettenstrafe verurtheilt worden. Das luzernische Obergericht dagegen änderte mittelst Spruch vom 26. Mai 1855 dieses Urtheil dahin ab, daß der Prozeß bezüglich der Person des Konstantin Siegwart-Müller vertagt sei, wobei das Obergericht sich dahin aussprach, der Beklagte bleibe in hohem Grade verdächtig, als habe er fremde bewaffnete Intervention herbeizuführen gesucht und sich dadurch des Verbrechens des Landesverraths schuldig gemacht.

Eine abschließliche Erledigung des Prozesses konnte nach Maßgabe des luzernischen Strafgesetzes nicht stattfinden, weil der Beklagte sich vor den luzernischen Gerichten nicht stellte.

Statt dessen machte dieser hingegen in Folge des obergerichtlichen Urtheils unterm 17. Juni 1856 eine Eingabe an den Bundesrath zu Händen der Bundesversammlung, in welcher er die gerichtlich gegen ihn erhobene Anklage zu widerlegen suchte.

Schon bei der Behandlung der Motion Luffer ist von der damaligen Kommissionsminderheit, deren Antrag zum Beschluß erhoben wurde, mit Beziehung auf diese Eingabe von Siegwart-Müller hervorgehoben worden, einerseits, daß sie in ihren wichtigsten Momenten theils mit den Akten, theils mit den geschichtlichen Thatfachen im Widerspruch stehe, andererseits, daß sie ihrer Natur nach vor den Richter gehöre, vor welchen der Beklagte längst zu seiner Rechtfertigung eingeladen sei. — Ferner wurde von der Kommissionsminderheit betont, daß der Beklagte selbst nie um Niedererschlagung des Prozesses eingekommen sei.

Die Regierung von Luzern ihrerseits spricht sich in ihrem neuesten Bericht in dieser Beziehung folgendermaßen aus: „Den Antrag auf Niedererschlagung des Prozesses auch auf die Person des Konstantin Siegwart-

Müller auszubehnen, dazu konnten wir uns mit Hinsicht auf die Ergebnisse der Untersuchung und den Umstand, daß der Beklagte persönlich nicht nur kein Gesuch stellte, sondern den Behörden fortwährend Trost bot, nicht entschließen“; und an einer andern Stelle: „Wenn die Motion Segesser im luzernischen Großen Rathe bisanhin kein Glück machte, so war es nach unserm Dafürhalten beschwigen, weil der Beklagte nicht nur persönlich kein Gesuch stellte, sondern auch nie sich herbeiliess, sich über die auf ihm lastende schwere Beschuldigung zu verantworten und zu rechtfertigen. Alle Kundgebungen des Beklagten in dieser Beziehung bestehen aus trotzigem Protestationen. Nach seiner Meinung befindet nicht er sich im Unrecht, sondern die Behörden, die ihn seiner Handlungen wegen gerichtlich verfolgen ließen.“

So viel über die Sache und Aktenlage. Ihre Kommission hat sich im Hinblick auf dieselbe die Frage gestellt, ob die formellen und materiellen Gründe, welche seiner Zeit den Nationalrath zu seiner abweisenden Schlußnahme bestimmt haben, gegenwärtig nicht mehr bestehen, und vielmehr genügende Gründe vorliegen, um heute eine abweichende Schlußnahme zu fassen.

Was zunächst die formellen Gründe betrifft, so ist seit Ihrer Schlußnahme vom Jahre 1856 durchaus Nichts geschehen, was dazu Veranlassung geben könnte, diese Angelegenheit dem Kreise der Kantonsouveränität, dem sie durch den Tagsatzungsbeschluß vom 14. Februar 1848 in ausdrücklicher Weise und seitdem von den Bundesbehörden stets beharrlich zugewiesen worden ist, nunmehr zu entrücken. Auch die Regierung von Luzern stellt sich in ihrer neuesten Vernehmlassung unbedingt auf diesen Standpunkt.

Es würde sich daher nur fragen, ob materielle Gründe, also namentlich politische Rücksichten es wünschbar erscheinen lassen, im vorliegenden Falle die Wirksamkeit der luzernischen Behörden zu suspendiren.

Ihre Kommission kann für ein solches Vorgehen keine ausreichenden Gründe finden. Die eidgenössischen Rätthe haben bisher alle jene Maßnahmen ergriffen, welche dazu führen können, eine in sich geeinigte starke Eidgenossenschaft zu begründen; und in der That hat der gute Samen, der durch den Nachlaß der Sonderbundschuld ausgestreut worden ist, in dem schönen Feste, welches in diesen Tagen in Unterwalden gefeiert wird, seine schönen Blüthen getrieben.

Das Schweizer Volk freut sich dieser glücklichen Entwicklung unserer politischen Verhältnisse. Aber anders würde es wohl urtheilen, wenn einer Persönlichkeit gegenüber, welche anstatt begangenes Unrecht einzugehen, auf ihrem frühern Standpunkt beharrt, von Seite der eidgenössischen Behörden ein Entgegenkommen stattfinden würde, wie es die Annahme der Motion Segesser zur Folge haben müßte.

Nach Ihre Kommission ist der Ansicht, daß ein solches Vorgehen der Stellung der eidgenössischen Rätthe nicht angemessen sein würde; sie hält ferner dafür, daß hier keiner jener Fälle vorliegt, von dessen Erledigung die innere Einigkeit des Landes, die Versöhnung der alten und der neuen Schweiz abhängt; — und endlich hält sie dafür, daß höher als ungerechtfertigte politische Rücksichten gegen eine einzelne Persönlichkeit die Achtung gegen einen Kanton und seine Behörden stehen muß, welche letztere sich gewissenhaft in der ihnen angewiesenen Stellung bewegt haben und es nicht verdienen, daß in ihre Kompetenz eingegriffen und daß sie heute in der einen oder andern Weise von Seite der Bundesbehörden desavouirt werden.

Gestützt auf diese kurzen Erörterungen hält Ihre Kommission einstimmig dafür, es liege für den Nationalrath kein Grund vor, seine frühere Schlußnahme zu ändern, sie beantragt Ihnen daher einfach die Bestätigung derselben, und bringt Ihnen daher folgenden einstimmigen Antrag, der Nationalrath möge beschließen, es sei auch gegenwärtig keine Veranlassung vorhanden, in Sachen eine Schlußnahme zu fassen.

Bern, den 9. Juli 1861.

Im Namen der Kommission:
Beyer im Hof, Berichterstatter.

Note. Mitglieder der Kommission waren:

- Herr Beyer im Hof, in Schaffhausen.
- „ Reuel, in Neuenstadt (Bern).
- „ Ringier, in Lenzburg.
- „ Estoppey, in Payerne (Waadt).
- „ Bucher, in Regensberg (Zürich).

Bericht der Kommission des Nationalraths, betreffend Niederschlagung des Landesverrathsprozesses, so weit derselbe noch anhängig ist. (Vom 9. Juli 1861.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1861
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	47
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.10.1861
Date	
Data	
Seite	739-742
Page	
Pagina	
Ref. No	10 003 492

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.